

PROFIL GRÜN

DAS MAGAZIN DER
BUNDESTAGSFRAKTION

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
BUNDESTAGSFRAKTION



FÜR EIN SICHERES UND BEZAHLBARES

WOHNEN

12/23

ZWEI JAHRE AMPEL In herausfordernden Zeiten stärken wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt und den Klimaschutz, bilanzieren Britta Haßelmann und Katharina Dröge. **Seite 4**

SICHER BEZAHLBAR ZU HAUSE Deutschland fehlt es an bezahlbarem Wohnraum. Wir müssen dauerhaft günstige Wohnungen schaffen, den Bestand sanieren und erhalten, fordern Hanna Steinmüller, Canan Bayram und Kassem Taher Saleh. **Seite 6**

ZUKUNFT WILLKOMMEN Arbeitskräfte fehlen überall: vom Gesundheitswesen bis zum Handwerk. Filiz Polat und Misbah Khan erläutern, wie wir mit kluger Integrationspolitik dem Mangel begegnen. **Seite 10**

RECHT HERZLICH Der rechtspolitische Sprecher der grünen Bundestagsfraktion Helge Limburg folgt seinem sozialen Antrieb. Ein Porträt von Gisela Hüber. **Seite 12**

MITMACHEN ERWÜNSCHT Demokratie braucht Beteiligung. Deshalb wird die Ampelkoalition das Petitionsrecht stärken, betonen Corinna Rüffer und Swantje Michaelen im Gespräch mit profil:GRÜN. **Seite 14**

MEHR TRANSPARENZ Kai Gehring, Anton Hofreiter, Harald Ebner, Tabea Rößner und Kirsten Kappert-Gonther geben einen Einblick in ihre Arbeit als Ausschussvorsitzende. **Seite 16**

AUS DEN FACHBEREICHEN Wir berichten über unsere weiteren parlamentarischen Vorhaben. **Seite 18**

GRÜN UND GRÜNER Highlights unserer Veranstaltungen. **Seite 22**

Herausgeberin: Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion, 11011 Berlin, TEL 030/227 56789, info@gruene-bundestag.de
V. i. S. d. P.: Sibylle Kraut-Eppich, Redaktion: Holger Böhling, Gisela Hüber, Gestaltung: Stefan Kaminski, Titelmotiv: Shutterstock,
Druck: Dierichs Druck+Media Kassel, Papier: 90 g Revive Pure, Auflage: 138.000, erscheint auch als Anzeige im
„Magazin der Grünen“, Redaktionsschluss: 23. November 2023, profil:GRÜN erscheint vier Mal im Jahr.



EDITORIAL

Liebe Leser*innen,

wir leben in bewegten Zeiten voller Veränderungen. Da ist es gut, wenn das Parlament offene Ohren für die Sorgen und Vorschläge der Bürger*innen hat. Unter den 25 Ausschüssen im Deutschen Bundestag gibt es dafür den Petitionsausschuss. Seine Einrichtung folgt unmittelbar aus dem Grundgesetz. Artikel 17 gibt jedem Menschen das Recht, sich mit Anregungen, Bitten und Beschwerden direkt an das Parlament zu wenden. 13.242 solcher Petitionen erreichten den Ausschuss 2022. Für uns Abgeordnete sind sie nicht nur eine wichtige Informationsquelle, sie spiegeln zugleich die politischen Fragen, Sorgen und Anliegen der Bürger*innen in unserem Land. Über ihre Arbeit in diesem wichtigen Ausschuss berichten Corinna Ruffer und Swantje Michaelsen in dieser Ausgabe.

Die hohe Zahl der Petitionen spricht für das Vertrauen der Bürger*innen in unsere lebendige Demokratie. Und wir arbeiten daran, sie weiter zu stärken. Mit dem Lobbyregistergesetz gibt es jetzt mehr Transparenz, wer im Bundestag ein und aus geht, und es gelten schärfere Regeln für Interessenvertreter*innen in der Politik. Die Finanzierung der Parteien haben wir transparenter und klarer geregelt und die staatliche Finanzierung der parteinahen Stiftungen auf eine gesetzliche Grundlage gestellt. Mit einem ersten Bürgerrat, den der Bundestag einberufen hat, gehen wir neue Wege in der Bürgerbeteiligung. 160 ausgeloste Bürger*innen sind eingeladen, das Thema „Ernährung im Wandel“ intensiv zu beraten. Wir haben uns die Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts vorgenommen, mit der Mehrstaatigkeit endlich zur anerkannten Lebensrealität in unserem Land werden soll. Besonders froh bin ich, dass wir mit dem Selbstbestimmungsgesetz die rechtliche Diskriminierung und Herabwürdigung trans- und intergeschlechtlicher sowie nicht-binärer Menschen beenden werden.

Doch zurück zum Parlament und seinen Ausschüssen: Sie sind der Maschinenraum des Parlaments, hier finden die ausführlichen Vorberatungen und Anhörungen für Gesetzesinitiativen statt. Umso wichtiger ist es, dass die Ausschussarbeit transparenter wird und auf unsere Initiative hin die Sitzungen nun auch öffentlich stattfinden können. Fünf dieser Ausschüsse werden übrigens von Abgeordneten unserer Fraktion geleitet, hier im Heft stellen sie ihre Arbeit vor.

Mit dieser Ausgabe neigt sich das Jahr 2023 seinem Ende zu. Wir wünschen Ihnen, liebe Leser*innen, besinnliche und friedvolle Festtage und allen Menschen weltweit Frieden und Freiheit von Terror. Möge das neue Jahr 2024 ein Jahr des Friedens für alle werden!



Herzlich

Britta Haßelmann
Fraktionsvorsitzende



Foto: Stefan Kaminski



Foto: Shutterstock

ZWEI JAHRE AMPEL **Wir stärken gesellschaftlichen Zusammenhalt und Klimaschutz**

VON BRITTA HAßELMANN UND KATHARINA DRÖGE

Die Bilder vom Start der Ampelkoalition vor zwei Jahren erscheinen heute fast wie aus einer anderen Zeit. So viel ist seitdem passiert, so viele Herausforderungen mussten wir in kürzester Zeit meistern. Russland hat die Ukraine angegriffen. Ein Angriff auf ein souveränes Land und die Sicherheits- und Friedensordnung in Europa. Ein furchtbarer Krieg, der bis heute andauert. Wir haben uns von Beginn an dafür eingesetzt, die Ukraine zu unterstützen – diplomatisch, aber auch mit der Lieferung von Waffen, durch humanitäre Hilfe und die Aufnahme geflüchteter Menschen. Gleichzeitig galt es, die Folgen der Energiekrise zu managen, und das haben wir gemeinsam angepackt. Die Gasversorgung haben wir gesichert und die Preise stabilisiert – ohne dabei den Ausbau erneuerbarer Energien aus dem Blick zu verlieren.

Und nun erneut ein Krieg – der grausame terroristische Angriff der Hamas auf Israel hat uns und die Welt erschüttert. Die Hamas verantwortet großes Leid in Israel und auch bei der palästinensischen Bevölkerung. Dieses Leid kann aufhören, wenn der Hass und der Krieg der Hamas aufhö-

ren. Das Existenzrecht Israels ist deutsche Staatsräson. Auch in Deutschland müssen wir den Schutz jüdischen Lebens ganz besonders in den Blick nehmen, deutlich und glasklar gegen Antisemitismus eintreten. Wir alle – von staatlichen Institutionen über die Parteien bis hin zu zivilgesellschaftlichen Organisationen – stehen hier in der Verantwortung.

Gerade in so herausfordernden Zeiten sind Solidarität und Zusammenhalt wichtiger denn je, für uns als Gesellschaft wie für die Politik. Und natürlich braucht es die Entschlossenheit, gemeinsam zu handeln. Diesen Gestaltungswillen haben die Bundesregierung und wir als bündnisgrüne Bundestagsfraktion bewiesen. Wir Grüne haben die erneuerbaren Energien nach vielen verschenkten Jahren wieder kraftvoll angeschoben. Damit haben wir Deutschland langfristig auf den Kurs sauberer und günstiger Energie gebracht und zugleich unabhängiger von Autokratien gemacht.

Mit der Erhöhung des Mindestlohns, der Einführung des Bürgergelds oder auch mit dem Start in die Kindergrundsicherung setzen wir neue soziale Standards: Wir sorgen für mehr Gerechtigkeit am Arbeitsplatz und finanzielle Sicherheit. Nach Jahren der Trägheit hatte Deutschland ein gesell-

schaftspolitisches Update dringend nötig. Das haben wir mit dem Staatsangehörigkeitsrecht, dem Selbstbestimmungsrecht und dem Cannabiskontrollgesetz vorangebracht. Den Arbeitskräftemangel gehen wir nun endlich an. Er ist über Jahre hinweg aus ideologischen Gründen vernachlässigt worden. Das Chancenaufenthaltsrecht und das Fachkräfteeinwanderungsgesetz sind zwei wichtige Bausteine, um unsere zukünftige Wirtschaftskraft und ein starkes Gemeinwesen zu sichern.

Die Liste der beschlossenen und angeschobenen Vorhaben geht noch weiter: Darunter finden sich große Projekte wie das 49-Euro-Ticket, die Industrieansiedlungen in Ostdeutschland oder der auf 2030 vorgezogene Kohleausstieg im Westen. Aber auch vermeintlich kleine Dinge machen unser Leben besser, zum Beispiel das vereinfachte Namensrecht oder der Kulturpass für junge Menschen. Auch bei der überfälligen Digitalisierung im Gesundheitswesen ist nun der Knoten geplatzt: Wir verschaffen den Patient*innen endlich Einblick in ihre Daten und verbessern für die Gesundheitseinrichtungen die Möglichkeit zum Informationsaustausch – jenseits vom Fax. Gutes Regieren in unruhigen Zeiten heißt, besonnen und handlungsfähig zu bleiben. Zusammen mit unseren Minister*innen haben wir als grüne Bundestagsfraktion viel erreichen können.

Auch in Brüssel machen wir Grüne den entscheidenden Unterschied. So haben wir erfolgreich dafür gekämpft, dass die EU nun ihr 2030-Klimaziel mit konkreten Maßnahmen gemeinsam umsetzt. Das Fit-for-55-Paket umfasst nicht nur das europäische Verbrenner-Aus, sondern zum Beispiel auch den Einstieg in die Dekarbonisierung des Flug- und Schiffsverkehrs. Der Emissionshandel beinhaltet jetzt auch einen Fonds, um soziale Folgen abzufedern. Das haben wir maßgeblich vorangetrieben.

Flucht und Migration sind ein Thema, das viele Menschen in unserem Land beschäftigt. Diese Aufgabe verlangt von allen demokratischen Parteien Sachlichkeit und das Bemühen um ernsthafte Antworten und Lösungen. Verantwortliche Politik bedeutet Humanität und Ordnung, Solidarität und Verantwortung. Menschlichkeit steht dabei für uns im Zentrum. Vereinfachte Antworten und symbolische Scheinlösungen nützen niemandem – genauso wenig wie scharfe Töne und populistische Parolen. Sie helfen weder den Kommunen, die dringend Unterstützung brauchen, noch den Schutz suchenden Menschen. Die aktuelle Situation in Europa zeigt einmal mehr, wie dringend wir einen verbindlichen europäischen Verteilmechanismus brauchen, der auf Solidarität, Humanität und Ordnung setzt. Nötig sind klarere Verfahren, mehr Unterstützung für die Kommunen und eine bessere Integration in den Arbeitsmarkt, auch durch die Abschaffung von Arbeitsverboten. Dabei müssen und wollen wir die Grundrechte und den Schutz Geflüchteter bewahren.



Britta Haßelmann und Katharina Dröge, Fraktionsvorsitzende

Vermeintlich einfache Lösungen klingen oft verlockend. Nur beruhen sie zumeist auf dem Prinzip des Gegeneinanders. Doch Spaltung ist kein Weg, um das Land zum Wohl aller zu regieren. Wir sind überzeugt, dass unser Land nur im Miteinander sein Potenzial entfalten kann. Die vielen Krisen der letzten Jahre haben gezeigt: Die Menschen hier packen an und schaffen, was zu tun ist. Das ist eine herausragende Qualität, auf die wir bauen wollen.

Wir haben viele gute Gesetze auf den Weg gebracht – aber auch einige kritische Schlagzeilen einstecken müssen. Das bringt uns aber nicht vom Kurs ab. In diesen unsicheren Zeiten braucht es Zutrauen in die Kompetenz einer Regierung. Für uns stehen Klimaschutz, Gerechtigkeit und die Modernisierung unseres Landes im Mittelpunkt. Dafür setzen wir uns jetzt und in Zukunft ein. Und wir haben noch viel vor: Wir Grüne wollen ein Land, das einfach funktioniert und lebenswert ist. Wir sind mittendrin, den Staat zu modernisieren, zu digitalisieren und Verfahren zu beschleunigen. Wir wollen die Infrastruktur erneuern, marode Brücken und Schienen sanieren und in unsere Kinder und ihre Bildung investieren. Mit Investitionen in Klimaschutz und Zukunftstechnologien schafft grüne Politik einen Wohlstand, der nicht zulasten kommender Generationen und des Planeten geht. Mit der Natur als Verbündeter bekämpfen wir die Klimakrise, schützen wir Moore und Auen. Die Bahn wollen wir wieder zuverlässig machen. In der Landwirtschaft werden wir gemeinsam mit Bauern und Bäuerinnen den Tierschutz verbessern. Wir stärken unsere Demokratie. Mit dem Demokratiefördergesetz schaffen wir den Rahmen, um das Engagement gegen Demokratiefeind*innen und Hass dauerhaft zu fördern. Das ist nur ein kleiner Ausschnitt unseres Arbeitsprogramms. Wir wollen die Herausforderungen unserer Zeit meistern und den Menschen die dafür notwendige Sicherheit geben. Mit allen gemeinsam, in großer Ernsthaftigkeit und mit voller Kraft. Aus Zusammenhalt und Zuversicht schöpfen wir Stärke für diesen Weg.

● www.gruene-bundestag.de/ampel





Von Berlin bis Münster – Deutschland fehlt es an bezahlbarem Wohnraum. Jedes Jahr fallen mehr Sozialwohnungen aus der Sozialbindung heraus, als neue gebaut werden. Wir brauchen eine neue Wohngemeinnützigkeit und müssen den Bestand sanieren und erhalten.

SICHER BEZAHLBAR

zu Hause

VON HANNA STEINMÜLLER, CANAN BAYRAM UND
KASSEM TAHER SALEH

Wer in deutschen Groß- und Kleinstädten eine bezahlbare Wohnung sucht, hat momentan nicht viel Auswahl. Gerade mal fünf Treffer ergibt die Suche in den innerstädtischen Bezirken Berlins nach einer Zweizimmerwohnung unter 1.000 Euro kalt. In einer kleineren Stadt wie Münster sieht es kaum besser aus. Zu den hohen Kaltmieten kommen steigende Nebenkosten: Je nach Energieträger sind die Heizkosten im vergangenen Jahr um bis zu 80 Prozent gestiegen.

Besonders Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen haben es schwer auf dem angespannten Wohnungsmarkt. Wenn die Busfahrerin morgens ewig zur Arbeit pendeln muss oder der Krankenpfleger nach der Nachtschicht noch eine Stunde Heimweg vor sich hat, dann leidet darunter auch der soziale Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

DAUERHAFT GÜNSTIGE WOHNUNGEN

Wir Grüne im Bundestag wollen das ändern. Unser Ziel ist, bezahlbaren Wohnraum dort zu schaffen, wo er benötigt wird. Zugleich wollen wir den Flächenverbrauch reduzieren, Barrierefreiheit ermöglichen und klimagerecht bauen. Das mag nach einem Zielkonflikt klingen – für uns ist es

politische Verantwortung. Wir brauchen in Deutschland wieder mehr bezahlbare Wohnungen. Zumindest im Neubau geht es nicht ohne öffentliche Förderung, denn Bauen ist teuer geworden. Im Koalitionsvertrag haben wir festgehalten, dass jährlich 100.000 öffentlich geförderte Wohnungen bereitgestellt werden sollen. Entsprechend haben wir die Zuschüsse für die soziale Wohnraumförderung verdreifacht: von einer Milliarde Euro im Jahr 2021 auf 3,15 Milliarden Euro im Jahr 2024.

Gerade junge Menschen haben es schwer bei der Wohnungssuche. Deswegen fördern wir das Programm „Junges Wohnen“ mit einer halben Milliarde Euro jährlich, damit können Wohnheimplätze für Studierende und Azubis gebaut oder saniert werden. Der Bund nimmt für bezahlbares Wohnen also einiges Geld in die Hand. Doch die bisherigen Anstrengungen reichen nicht aus, denn jedes Jahr fallen mehr Sozialwohnungen aus der Sozialbindung heraus, als neue gebaut werden. Der Grund: Die neu gebauten Wohnungen sind nur 10 bis 30 Jahre – je nach Bundesland und Förderlinie – preisgebunden. Eine dauerhafte Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum wird so untergraben – aus unserer Sicht eine große Schwachstelle in der sozialen Wohnraumförderung. Deshalb setzen wir auf ein weiteres Instrument: Im Koalitionsvertrag haben wir vereinbart, noch in dieser Wahlperiode die neue Wohngemeinnützig-



keit (NWG) einzuführen. Wohnungsunternehmen, Genossenschaften oder andere Anbieter gemeinnütziger Wohnungen unterstützen wir dabei mit Steuererleichterungen und Investitionszuschüssen. Auch in 30, 50 oder mehr Jahren sollen die Mieten unterhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen – so wächst das Angebot an bezahlbaren Wohnungen Jahr für Jahr.

Die Wohngemeinnützigkeit ist keine Neuerfindung – bis 1990 hatte Deutschland einen breiten gemeinnützigen Sektor im Wohnungsmarkt von fast vier Millionen Wohnungen. Leider haben Union und FDP das Modell abgeschafft. Die meisten Wohnungen sind heute im Besitz privater, renditegetriebener Kapitalgesellschaften. Ganz anders in Österreich, wo die Wohngemeinnützigkeit weiterhin für ein breites Angebot und moderate Mieten sorgt, die Großstadt Wien ist bekannt dafür. Die Bundesregierung hat in ihrem 14-Punkte-Plan für Wohnungsbau angekündigt, dass die NWG bereits 2024 an den Start gehen soll – daran arbeiten wir mit Hochdruck! Denn am Ende profitieren Mieter*innen, Handwerk und Baubranche vom neuen Schwung im geförderten Wohnungsbau.

WOHNUNGEN BEZAHLBAR HALTEN

Ein zentraler Punkt unserer Wohnungspolitik ist, bestehende Wohnungen bezahlbar zu halten. Die meisten Mieter*innen leben in Bestandswohnungen. Steigende Mieten sind ein Schreckensszenario, das viele umtreibt. Im Koalitionsvertrag haben wir deshalb verschiedene Änderungen im Mietrecht vereinbart, um den Anstieg zu dämpfen.

Zurzeit können die Mieten in bestehenden Mietverhältnissen innerhalb von drei Jahren um bis zu 20 Prozent steigen, immer im Rahmen der ortsüblichen Vergleichsmiete. In Großstädten mit angespanntem Wohnungsmarkt ist der Anstieg auf 15 Prozent in drei Jahren begrenzt. Die Koalition will die Grenze bei elf Prozent ansetzen, wir Grüne wollen sie perspektivisch auf neun Prozent absenken.

Ein bewährtes Instrument, um die Mieten im Zaum zu halten, ist die Mietpreisbremse. Als Koalition haben wir vereinbart, sie bis 2029 zu verlängern. Wir Grüne wollen darüber hinaus Schlupflöcher schließen, zum Beispiel beim möblierten Wohnraum, und eine Möglichkeit schaffen, die Missachtung der Mietpreisbremse zu sanktionieren. Um diese Instrumente zu nutzen, sind Mietspiegel unerlässlich. Deshalb sollen qualifizierte Mietspiegel für Kommunen über 100.000 Einwohner*innen verpflichtend werden.

All diese Vorhaben drängen, denn das stetig steigende Preisniveau wird sich in künftigen Mietspiegeln wiederfinden. Doch obwohl die Ampel ein Mindestmaß an Reformen und Nachsteuerung vereinbart hat, liegen aus dem FDPgeführten Justizministerium bisher keine Entwürfe dazu vor. Wir Grüne fordern regelmäßig und auf allen Ebenen ein, den Schutz der Mieter*innen gemäß Koalitionsvertrag

umzusetzen. Als Fraktion sehen wir aber noch weitergehenden Handlungsbedarf: So wollen wir Indexmieten, deren Höhe an die Entwicklung der Verbraucherpreise gekoppelt ist, begrenzen und Eigenbedarfskündigungen einschränken. Den Kündigungsschutz von Bestandsmieter*innen bei sogenannten Schonfristzahlungen, die Mieter*innen einen Aufschub bei vorübergehender Zahlungsunfähigkeit gewähren, wollen wir verbessern.

Lebenswerte Stadtviertel brauchen nicht nur bezahlbare Wohnungen, sondern auch Raum für kleine Läden und Gewerbetreibende. Hier setzen wir uns für ein Gewerbenietrecht ein, das kleine Gewerbe, Kitas und soziale Einrichtungen vor Mietwucher schützt.

SOZIALE HÄRTEN ABFEDERN

Neben den hohen Mieten machen auch die gestiegenen Heizkosten das Wohnen teurer. Die Gaspreiskrise nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine brachte viele Mieter*innen und Wohneigentümer*innen an die Grenzen ihrer Belastbarkeit. Kurzfristig haben wir für diejenigen, die sich ihre Heizkosten nicht leisten können, zwei Heizkostenzuschüsse verabschiedet, die schnell ausbezahlt wurden. Durch die Wohngeldreform sind jetzt dreimal so viele Menschen wohngeldberechtigt wie vor Beginn dieses Jahres, das ausbezahlte Wohngeld ist im Durchschnitt verdoppelt. Damit werden Mieter*innen und Eigentümer*innen mit niedrigen Einkommen zielgerichtet unterstützt. Diese Aufstockung kostet viel Geld – mehr als fünf Milliarden Euro zahlen Bund und Länder jetzt jährlich für die Wohngeldleistungen. Außerdem belasten die vielen neuen Anträge die Wohngeldstellen. Auf Dauer kein gutes Modell. Statt hohe Mietpreise zu subventionieren, wollen wir deshalb lieber in öffentlich geförderte und dauerhaft bezahlbare Wohnungen investieren. Die neue Wohngemeinnützigkeit kann hierfür ein Schlüssel sein.

MEHR ENERGETISCHE SANIERUNGEN

Wir wollen mehr langfristig bezahlbaren Wohnraum. Dazu müssen wir nicht nur kostengünstig neuen Wohnraum schaffen, sondern auch die Sanierungsrate der Bestandswohnungen erhöhen. Gedämmte Außenwände oder erneuerte Fenster senken den Energieverbrauch. Damit verringern sich auch die Wohnnebenkosten, die oft wie eine zweite Miete wirken. Um zukünftige Kostenfallen zu vermeiden, ist oft auch ein Heizungswechsel sinnvoll – weg von fossilen Energieträgern hin zu erneuerbaren. Doch die Sanierungskosten dürfen nicht hauptsächlich die Mieter*innen belasten. Wir wollen daher in einem Drittelmodell die Kosten fair zwischen Staat, Mieter*innen und Vermieter*innen verteilen.

Der Staat leistet seinen Beitrag durch umfangreiche Fördermaßnahmen: Über die Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG) können für Sanierungen zu sogenannten Effizienzhäusern Kredite mit Tilgungszuschüssen in



Kassem Taher Saleh ist Obmann im Ausschuss für Wohnen, Canan Bayram ist Obfrau im Rechtsausschuss, Hanna Steinmüller ist Mitglied im Ausschuss für Wohnen.

Anspruch genommen werden. Je höher der energetische Standard, desto mehr Geld gibt der Staat dazu. Zusätzlich gefördert werden die Instandsetzung der energetisch schlechtesten Gebäude wie auch die kostengünstige serielle Sanierung mit vorgefertigten Bauelementen. Ab dem kommenden Jahr sollen außerdem erhöhte Fördersätze für Einzelmaßnahmen wie etwa den Heizungstausch oder die Fassadensanierung gelten. Davon können auch Vermieter*innen profitieren.

Bei Lasten, die nicht durch staatliche Förderungen abgedeckt sind, nehmen wir Vermieter*innen und Mieter*innen gleichermaßen in die Pflicht. Deshalb haben wir den CO₂-Preis bei den Heizkosten aufgeteilt. Fenster auszutauschen oder Außenwände zu sanieren, liegt in der Verantwortung der Vermietenden, die dafür Fördergelder nutzen können. Je schlechter also der energetische Zustand der Häuser, desto höher der Anteil der CO₂-Kosten, den sie zu tragen haben. Je besser der energetische Standard, desto höher der Anteil, den die Mieter*innen übernehmen. In absoluten Zahlen kann die Belastung der Mieter*innen dennoch sinken, denn Dämmung und andere Maßnahmen verringern den Energiebedarf.

Im Gebäudeenergiegesetz haben wir uns darauf einigen können, dass Mieter*innen beim Heizungstausch mit maximal 50 Cent zusätzlicher Monatsmiete pro Quadratmeter belastet werden dürfen. Schon jetzt dürfen energetische Sanierungen mit höchstens zwei beziehungsweise drei Euro auf die Quadratmetermiete umgelegt werden. Dabei bleibt es. Dank staatlicher Förderung ist der Heizungstausch nach unseren Modellrechnungen auch für Vermieter*innen wirtschaftlich machbar.

FAMILIEN IN DEN EIGENEN VIER WÄNDEN

Die aktuelle Steigerung der Baukosten und der Zinsanstieg sind ein riesiges Problem für Familien, die sich ein Eigenheim leisten wollen. Aber auch große Wohnungsbaugesellschaften haben viele ihrer Neubauprojekte auf Eis gelegt. Die Bundesregierung hat sich jedoch zum Ziel gesetzt, dass deutlich mehr Familien zu einem energetisch hochwertigen Gebäude in Wohneigentum kommen. Das Programm „Wohneigentum für Familien“ (WEF) ist eine Maßnahme, um dieses Ziel zu erreichen.

Die Sanierung von Altbauten wird durch hohe Zinsen und steigende Baukosten erschwert. Mancherorts sinken dadurch die Nachfrage wie auch die Preise für unsanierte Altbauten. Eine Idee könnte es daher zukünftig sein, den Erwerb einer solchen Immobilie und ihre anschließende Sanierung durch ein ergänzendes Förderprogramm „Jung kauft alt“ attraktiver zu machen.

Beide Programme – das finden wir besonders gut – konzentrieren sich bei der Förderung auf effiziente und nachhaltige Gebäude nach den Standards EH (Effizienzhaus) 40 und QNG (Qualitätssiegel Nachhaltiges Gebäude). Hier unterscheiden sie sich sehr positiv von Vorgängerprogrammen wie dem Baukindergeld.

Mit einem Bündel an Maßnahmen gehen wir die derzeitigen wohnungspolitischen Herausforderungen an. Erfolg statt Frust bei der Wohnungssuche – ganz egal, ob in den Groß- oder Kleinstädten – und ein sicheres und dauerhaft bezahlbares Zuhause für alle, dafür machen wir uns stark.

- www.gruene-bundestag.de/wohnen

Zukunft willkommen

Arbeitskräfte für Deutschland

Arbeitskräfte fehlen überall. Auch deshalb brauchen wir weiterhin Einwanderung und einen besseren Zugang zum Arbeitsmarkt für alle Menschen, die hier mit anpacken wollen.

Im Gesundheitswesen herrscht Personalnotstand. Patient*innen und Pflegebedürftige müssen um ihre Versorgung bangen. Verbraucher*innen leiden unter verkürzten Öffnungszeiten, Ladenschließungen und ewigen Wartezeiten. Die Gastronomie ist am Limit. Handwerk und Industrie klagen über den Arbeitskräftemangel, der auch den Weg zur Klimaneutralität gefährdet, weil beispielsweise Fachkräfte für den Ausbau der Erneuerbaren fehlen. Um hier Abhilfe zu schaffen, um unseren Wohlstand und unsere Sozialsysteme zu erhalten, brauchen wir weiterhin Einwanderung. Auch den Menschen, die bereits hier leben und in den Arbeitsmarkt einsteigen wollen, sollten wir dies schnellstens ermöglichen.

Ohne Zweifel: Die Aufnahme der vielen Menschen, die derzeit bei uns Schutz suchen, ist eine große Herausforderung, besonders für viele Kommunen. Es fehlt an Wohnraum, Schul- und Kitaplätzen, die Verwaltung ist vielerorts überlastet. Eine Lösung ist es aber, den Menschen, die hier anpacken wollen, das auch zu ermöglichen. Die Aufhebung

von Arbeitsverboten und ein „Spurwechsel“ aus dem Asylverfahren entlasten Kommunen finanziell und ganz konkret bei der Versorgung. Gleichzeitig stärken sie unsere Sozialsysteme. Auf Abschreckung, Abschottung und Schikane zu setzen, hat dagegen noch nie funktioniert. Und es gilt: Menschenrechte sind kein Schönwetterthema, sondern Handlungsmaßstab. Wir brauchen langfristig Menschen, die sich in die Gesellschaft einbringen wollen. Auch deshalb reformieren wir das Staatsangehörigkeitsrecht. Auch deshalb ist uns der Familiennachzug wichtig.

DAS HABEN WIR SCHON GESCHAFFT:

CHANCEN-AUFENTHALTSRECHT EINGEFÜHRT

Seit dem 1. Januar 2023 gilt das Chancen-Aufenthaltsrecht. Menschen, die bereits zuvor seit fünf Jahren geduldet oder gestattet und straffrei in Deutschland leben, erhalten für zunächst 18 Monate das Chancen-Aufenthaltsrecht. Während dieser Zeit haben sie die Möglichkeit, die Voraussetzungen für ein dauerhaftes Bleiberecht zu erfüllen, ins-

besondere die Unterhaltssicherung. So kommen sie aus dem Teufelskreis der kurzfristigen Kettenduldungen heraus. Das betrifft circa 130.000 Menschen. Nur wenige von ihnen hatten bisher eine Arbeitserlaubnis. Jetzt haben wir ihnen den Weg in den Arbeitsmarkt geebnet, gewinnen motivierte Arbeitskräfte und eröffnen Perspektiven für eine Zukunft in Deutschland.

EINEN ERSTEN „SPURWECHSEL“ ERWIRKT

Wir geben geflüchteten Menschen erstmals die Möglichkeit zum „Spurwechsel“: Wer sich zum Stichtag 29. März 2023 in einem laufenden Asylverfahren befindet, darf direkt in einen Aufenthaltstitel zu Erwerbszwecken wechseln. Damit ermöglichen wir Arbeitsmarktzugang und gesellschaftliche Teilhabe für Menschen, die bereits in Deutschland sind, fördern Integration und entlasten Kommunen und Ehrenamtliche.

„ZWECKWECHSEL“ ERMÖGLICHT

Im deutschen Aufenthaltsrecht war es bisher so gut wie unmöglich, aus einem Kurzzeitvisum in die längerfristige Erwerbstätigkeit zu wechseln, ohne Deutschland zu verlassen, lange Antragsverfahren und Wartezeiten inklusive. Diese unverständliche Hürde ist jetzt Geschichte. Wer einen Arbeitsvertrag vorweisen kann und alle Voraussetzungen als Fachkraft erfüllt, darf direkt anfangen!

AUSZUBILDENDE GESTÄRKT

Wir haben die Ausbildungsduldung in einen Aufenthaltstitel umgewandelt. Damit können sich Auszubildende eine Zukunft in Deutschland aufbauen. Betriebe können zuverlässig mit direkt verfügbaren Fachkräften rechnen. Wir schaffen so für alle mehr Rechts- und Planungssicherheit.

EINWANDERUNG ZUR ARBEIT ERLEICHTERT

Mit unserer Reform des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes hat Deutschland nun endlich ein Einwanderungsgesetz, das diesen Namen auch verdient. Wir haben Hürden für Arbeitskräfte aus dem Ausland beseitigt, Gehaltsschwellen abgesenkt und ermöglichen es anerkannten Fachkräften, flexibel und branchenübergreifend freie Stellen anzutreten. Berufspraktische Erfahrungen werden endlich berücksichtigt. Das eröffnet neue Zugänge zum Arbeitsmarkt. Neu eingeführt haben wir eine Chancenkarte: Auf Basis eines transparenten Punktesystems erhalten Menschen die Chance, zur Arbeitsplatzsuche nach Deutschland zu kommen. Fachkräfte aus dem Ausland haben sich bisher häufig gegen Deutschland entschieden, weil sie ihre Familie nicht direkt mitbringen durften oder weil es so gut wie keine Chance gab, die eigenen Eltern nachzuholen. Deshalb haben wir auch die Hürden beim Mit- und Nachzug von Familien gesenkt.

DARAN ARBEITEN WIR:

SCHNELLERE UND LEICHTERE EINBÜRGERUNG

Wir nehmen ein zeitgemäßes Staatsbürgerschaftsrecht in Angriff. Die Perspektive Einbürgerung ist ein wichtiges Entscheidungskriterium dafür, dass dringend benötigte Arbeitskräfte sich im internationalen Wettbewerb für Deutschland entscheiden und dann auch hierbleiben. Deshalb verkürzen wir Fristen: Eine Einbürgerung ist künftig nach fünf Jahren möglich und bereits nach drei Jahren bei besonderen Integrationsleistungen. Wir erkennen Mehrstaatigkeit an und vollziehen dadurch gesetzlich, was in der globalisierten Welt für viele Menschen längst Normalität ist.

BÜROKRATIE UND ARBEITSVERBOTE ABBAUEN

Wir wollen den Weg der Reformen bei Aufenthalt und Einwanderung konsequent weitergehen. Es braucht im Interesse von Verbraucher*innen, Patient*innen, Dienstleister*innen, Handel, Handwerk und Industrie noch deutlich mehr Entbürokratisierung bei der Einwanderung. Dasselbe gilt bei der Hebung des Arbeitskräftepotenzials schon im Land lebender Menschen. Wir wollen den Abbau von Arbeitsverboten für Asylbewerber*innen und geduldete Menschen weiter energisch vorantreiben und den Weg in ein dauerhaftes Bleiberecht über die Beschäftigungsduldung ausbauen. Es ist völlig unsinnig, sie gesetzlich davon abzuhalten, eigenes Geld zu verdienen. Ein schneller Arbeitsmarktzugang kommt den Sozialsystemen zugute, wirkt Perspektivlosigkeit und Konflikten entgegen und schafft Zukunftsperspektiven für alle Mitglieder unserer Gesellschaft.

- www.gruene-bundestag.de/integration

Jetzt schon vormerken: Am 18. Juni 2024 veranstaltet die grüne Bundestagsfraktion einen Arbeits- und Fachkräfte-Kongress.



FILIZ POLAT
Parlamentarische
Geschäftsführerin



MISBAH KHAN
Mitglied im Ausschuss
für Inneres und Heimat

RECHT *herzlich*

TEXT: GISELA HÜBER, FOTO: STEFAN KAMINSKI

Er ist Rechtspolitiker aus sozialem Antrieb. Auf Helge Limburgs Agenda steht, das Familienrecht zu modernisieren, zu liberalisieren und sozialer zu gestalten. Als Mensch und Politiker ist er konzentriert auf das Wesentliche; trocken, aber herzlich, Niedersachsen eben.

Was haben Politik und Tischtennis gemeinsam? Bei Helge Limburg eine Menge. Fragen wie Bälle retourniert der versierte Tischtennispieler und rechtspolitische Sprecher der Fraktion direkt und präzise. Glücklicherweise steht im Jakob-Kaiser-Haus des Deutschen Bundestags ein Tisch für das kleine Match in der Mittagspause bereit. „Beim fraktionsinternen Tischtennisturnier habe ich leider nur den zweiten Platz belegt, aber den Ehrgeiz, mich zu verbessern“, sagt er heiter. Schon in seiner Kindheit im ländlichen Weserbergland war der Sport ein gemeinschaftsstiftendes Element, für das es nicht viel brauchte: einen Tisch im Dorfgemeinschaftshaus oder in der Kneipe und los ging's.

Fußball ist die andere große Leidenschaft des Werder-Bremen-Fans. Seine drei Töchter begleiten ihn mittlerweile ins Stadion. Und dann ist da noch das Rennrad: „Im letzten Urlaub auf Ameland bin ich im Nebel durch die Dünen gefahren, nur ein paar Vögel am Himmel, fast surreal“, schwärmt er. Zur Arbeit nimmt er lieber die Bahn. „Wenn ich sehe, wie sich meine Mitarbeiter*innen mit Fahrradairbags schützen müssen“, schimpft er auf den Berliner Stadtverkehr, „in Paris oder Barcelona geht es doch schon anders.“ In seinem Wahlkreis Hameln-Pyrmont-Holzminden ist er meist mit einem Carsharing-Auto unterwegs, „weil wir mit der Verkehrswende einfach noch nicht so weit sind“. Die Töchter sehen das gar nicht gern: „Sie fordern ein, dass wir Bahn fahren.“

Wie nicht wenige grüne Politiker*innen kommt Helge Limburg aus einer Pfarrersfamilie. Kein Zufall: Hier ist es ganz normal, sich in die Gesellschaft einzubringen, die Welt nicht außen vor zu lassen. „Ich bin auch heute ein religiöser Mensch. Gesellschaft und Politik brauchen Impulse, die dem Tagesgeschäft ein Stück weit entzogen sind.“ Seine Eltern und die drei Geschwister sind alle gesellschaftlich engagiert. Über seinen großen Bruder lernt er früh die Grünen Jugend kennen und tritt noch vor dem Abitur den Grünen bei. Es folgt eine stringente politische Laufbahn. 13 Jahre sitzt Helge Limburg für die Grünen im Niedersächsischen Landtag, zuletzt als parlamentarischer Geschäftsführer und stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Sein Jurastudium hatte er durchaus strategisch gewählt. Ein Auslandssemester in Istanbul bringt ihn raus aus der heimischen Komfortzone. An der politischen Situation in der Türkei heute sei die EU mit ihrer restriktiven Haltung gegenüber dem Beitrittskandidaten nicht ganz unbeteiligt. Seine Motivation, für den Bundestag zu kandidieren? „Auf der Landesebene geht es eher um die Ausführung, die Ausstattung der Gerichte, der Staatsanwaltschaften. Oder man schreibt Anträge, die Landesregierung soll sich im Bundesrat hier- und dafür einsetzen. Im Bundestag sitzt man direkt an der Quelle, um die Gesetze aus erster Hand mit zu verhandeln.“



Sein Arbeitsfeld, die Rechtspolitik, ist für viele erst mal abstrakt. „Klar, man denkt an Justiz, an Gerichte, damit möchte man ja eigentlich nichts zu tun haben“, sagt er mit leisem Schmunzeln. „Aber Rechtspolitik ist zum Beispiel Familienpolitik, wenn wir Regenbogenfamilien rechtlich gleichstellen oder unser restriktives Namensrecht modernisieren. Es ist Klimapolitik, wenn wir die Rechte kommender Generationen auf Erhaltung ihrer Lebensgrundlagen wahren.“ Die Gefängnisstrafe für das Fahren ohne Fahrausweis beispielsweise treffe fast nur die Armen, sagt er, und gehöre abgeschafft.

Dass die Ampelregierung trotz vertrauensvoller Zusammenarbeit oft schlechtgeredet wird, ärgert ihn. Gibt es Hoffnung auf Besserung? „Ich bleibe grundsätzlich Optimist, immer. Nicht, dass die gute Zukunft von selbst kommt, man muss schon etwas dafür tun. Und das ist auch die Aufgabe von uns Politiker*innen, diese Zuversicht und Energie auszustrahlen.“

Die bisherige Bilanz der Ampel sei doch gut. „Wir hatten keine kalten Wohnungen im vergangenen Winter, haben es geschafft, die Geflüchteten aus der Ukraine aufzunehmen, bauen in rasantem Tempo die erneuerbaren Energien aus. Manchmal höre ich: Mensch, ihr müsst der FDP gegenüber mehr auf die Pauke hauen. Dann sage ich: Guckt euch mal an, welche Gesetze wir durchgebracht haben und wie wir bei Landtagswahlen abschneiden. Mir geht es um die Politik in der Substanz und da haben wir viel erreicht.“

Das wird in seinem Wahlkreis durchaus gesehen, zum Beispiel bei Stiebel Eltron in Holzminden. Das Gebäudeenergiegesetz schafft dort massiv Arbeitsplätze, das langfristige Denken und Forschen wird belohnt. Oder in Ohr bei Hameln, wo sich eines der führenden Solarforschungsinstitute Deutschlands befindet. „Und jetzt wollen wir anstoßen, dass Solarmodule wieder hier gebaut werden und nicht nur in China.“

Im Gespräch

Mitmachen erwünscht

Für eine Demokratie ist es unerlässlich, dass Menschen ihre eigenen Anliegen einbringen können. Petitionen an den Deutschen Bundestag sind dafür eine gute Möglichkeit. Um deren Sichtbarkeit zu erhöhen, soll das Petitionsverfahren nun modernisiert werden. Die grüne Bundestagsfraktion hat einen entsprechenden Beschluss gefasst, die Ampelregierung arbeitet an einer Reform. Corinna Rüffer und Swantje Michaelsen erklären, wie wir das Petitionsrecht stärken.

profil:GRÜN: Der Petitionsausschuss scheint im hektischen Berliner Politikbetrieb nicht so stark im Fokus zu stehen. Was ist eure Motivation, darin mitzuarbeiten?

Swantje: Schon lange interessiert mich die Frage, wie unsere Demokratie weiterentwickelt werden kann und wie sich mehr Menschen beteiligen. Die Arbeit im Petitionsaus-

schuss ist spannend, weil wir mit wahnsinnig vielen Themen in Berührung kommen. Außerdem arbeiten wir über die demokratischen Fraktionen hinweg oft intensiv in der Sache zusammen – mit Respekt und Wertschätzung für die Petent*innen und ihre Anliegen. Dabei sind wir in unmittelbarem Kontakt mit den Menschen und können aus der Summe der Petitionen auch Stimmungen und Themen erkennen, die viele Menschen gerade bewegen.

Corinna: Ich möchte betonen, dass Petitionen in der Bevölkerung kein Schattendasein führen. Viele Bürger*innen kennen dieses Instrument und wenden sich an den Ausschuss des Bundestags. Im Parlament spielt dieser derzeit aber tatsächlich keine große Rolle, weil er ein Kummerkasten-Image hat. Nach dem Motto: Da musst du dich mit so kleinteiligen Einzelfragen auseinandersetzen. Doch was die

Wirkung nach außen anbelangt, da unterschätzen ihn viele Abgeordnete. Außerdem hat so manche Parlamentsinitiative ihren Ursprung in einer Petition ...

Zum Beispiel?

Corinna: Das bekannteste Beispiel ist wohl der „Runde Tisch Heimerziehung in den 1950/60er-Jahren“ und in der Folge die Einrichtung der Heimerziehungsfonds, aus denen Betroffene finanzielle und therapeutische Hilfen erhalten haben. Oder nehmen wir aktuell die Anerkennung des Völkermords an den Jesid*innen im Jahr 2014 und des „Holodomor“ genannten Genozids an der ukrainischen Bevölkerung in den 1930er-Jahren: Ausgangspunkt für beide Bundestagsbeschlüsse dieser Legislaturperiode war jeweils eine Petition.

Wie viele Petitionen erreichen den Bundestag?

Corinna: Zuletzt hat es sich bei 12.000 bis rund 13.000 pro Jahr eingependelt. Die allermeisten davon sind Einzelpetitionen von Menschen, die sich mit einem individuellen Anliegen an uns wenden. Darüber hinaus gibt es öffentliche Petitionen, für die die Petent*innen online Unterschriften sammeln. Wenn diese das benötigte Quorum von 50.000 Mitzeichnungen erreichen, werden sie gemeinsam mit den Petent*innen und Regierungsvertreter*innen im Petitionsausschuss diskutiert.

Sind Petitionen für euch ein Gegenmittel, um verloren gegangenes Vertrauen in staatliche Institutionen und die Demokratie zurückzugewinnen?

Swantje: Auf jeden Fall spricht die große Zahl der Petitionen gegen die These, dass die meisten Menschen politikverdrossen seien. Es gibt viele Menschen, die ihre Stimme einbringen wollen. Das Petitionsrecht ist ein Grundrecht. Petitionen sind ein wichtiges Puzzleteil im politischen Diskurs, eben weil sie jeder Person zustehen: unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft, Wahlrecht und so weiter.

Das Petitionsrecht soll reformiert werden. Mit welchem Ziel?

Swantje: Ich habe mich vor meiner Zeit als Abgeordnete einmal selbst auf dem Portal des Bundestags angemeldet, um eine Petition zu unterstützen. Das war mühsam, weil ich bei der Registrierung viele Angaben machen musste. Und ich weiß nicht mal, was aus der Petition geworden ist, weil ich danach keine Informationen bekommen habe.

Corinna: Ja, das System ist derzeit ziemlich schwerfällig. In der Verwaltung sind etwa 100 Jurist*innen und Sachbearbeiter*innen damit beschäftigt, die Flut von Eingaben an den Petitionsausschuss zu bewältigen. Wir möchten mit der Reform hier schneller und moderner werden und vor allem transparenter kommunizieren. Die Petent*innen sollen jederzeit wissen, in welchem Stadium sich ihre Petition befindet – und warum es vielleicht gerade etwas dauert mit der Bearbeitung.

Swantje: Dabei geht es auch um die Sprache: Die gefassten Beschlüsse sind häufig sperrig formuliert. So können viele Menschen nicht verstehen, was eigentlich mit ihrem Anliegen passiert. Wir wollen, dass die Begründungen verständlicher formuliert werden. Außerdem müssen die Menschen besser informiert werden, was eine Petition erreichen kann und wo ihre Grenzen liegen. Nicht selten denken Menschen, wenn sie mit ihrer öffentlichen Petition die 50.000 Unterschriften knacken, wird daraus direkt ein Gesetz. So ist es natürlich nicht.

Ihr wollt diesen öffentlichen Petitionen mehr Aufmerksamkeit verschaffen. Wie?

Corinna: Unser Fraktionsbeschluss sieht vor, zunächst das Quorum für eine öffentliche Beratung im Ausschuss auf 30.000 Unterzeichner*innen abzusenken. Die Mitzeichnungsfrist soll gleichzeitig von vier auf sechs Wochen verlängert werden. Das hilft insbesondere kleineren, weniger professionell organisierten Initiativen, für ihre Petitionen zu werben. Und diejenigen, die ganz besonders erfolgreich sind, möchten wir ins Plenum des Deutschen Bundestags holen. Zu den Themen von Petitionen mit mehr als 100.000 Unterschriften soll das Parlament zukünftig eine inhaltliche Debatte führen.

Swantje: Wir wollen die Reform dieses Jahr noch umsetzen.* Gerade jetzt, wo wir sehen, wie sehr wir um unsere Demokratie kämpfen müssen, ist das ein wichtiges Signal! Wir zeigen damit, dass wir die Menschen mit ihren Sorgen und Nöten hören und auf Anregungen aus der Gesellschaft reagieren. Und dass die Demokratie ein Mitmachprojekt ist.

Corinna: Genau. Ich finde es wahnsinnig wichtig, auf diese Weise Luft in unseren Politikbetrieb reinzulassen – ob uns das, was die Bürger*innen wollen, im Einzelfall gefällt oder nicht. Oft besteht die Sorge, dass populistisch getriebene Petitionen eine besonders hohe Zustimmung hätten und dann zukünftig mehr Aufmerksamkeit bekommen würden. Dabei waren nur zwei der letzten zwölf „100.000er-Petitionen“ auf Stimmungsmache aus. Die weit überwiegende Mehrzahl ist konstruktiv und gibt wertvolle Hinweise auf bestehende Problemlagen. So forderte die mit knapp 330.000 Unterschriften erfolgreichste Petition der vergangenen Jahre eine Gesundheitsreform für eine bessere Pflege. Welches Thema könnte lebensnaher und drängender sein? Darum sagen wir mit dieser Reform: Lasst uns keine Angst vor den Bürger*innen haben, sondern sie einladen, hier mitzuwirken!

Wir danken euch für das Gespräch.

* Wir haben das Gespräch am 19. Oktober geführt. Zum Redaktionsschluss war noch nicht klar, ob die Reform in diesem Jahr umgesetzt werden kann.

● www.gruene-bundestag.de/petitionen

MEHR TRANSPARENZ

Mit dieser Forderung zog die erste grüne Fraktion in den Bundestag ein. Ein großer Erfolg also, dass wir in diesem Jahr mit der Ampel durchgesetzt haben, dass die Bundestagsausschüsse öffentlich tagen. Bis dahin blieb der Öffentlichkeit vielfach verborgen, was im Maschinenraum des Parlaments geleistet wird. Abgeordnete aller Fraktionen beraten fachlich gemeinsam die Gesetzentwürfe und Anträge, die das Parlament später beschließt. Gesetzgebung und Kontrolle der Bundesregierung sind ihre zentralen Aufgaben. Wie viele Vorsitzende und Mitglieder einer Fraktion zustehen, richtet sich nach dem Bundestagswahlergebnis. Regulär stünden unserer Fraktion vier Vorsitze zu, de facto haben wir einen mehr. Hier geben unsere Vorsitzenden einen Einblick in ihre Arbeit.



Kai Gehring

Vorsitzender im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Bildung eröffnet Perspektiven. Ich weiß es aus eigener Erfahrung, als Arbeiterkind bin ich in meiner Familie „Student der ersten Generation“. Mit dem Ziel, allen Menschen gerechte Chancen und gleiche Rechte zu verschaffen, bin ich vor 25 Jahren in die grüne Partei eingetreten. Es macht mir Freude, nun die Konzepte umzusetzen, die wir bei den Koalitionsverhandlungen 2021 parat hatten. Das Startchancen-Programm ist ein bildungspolitischer Meilenstein: Ab 2024 unterstützen Bund und Länder Schulen in benachteiligten Quartieren über eine Dekade lang mit 20 Milliarden Euro. Das BAföG haben wir erhöht und wollen es mit einer Strukturreform zukunftsgerichtet und elternunabhängiger gestalten. Neben der beruflichen und akademischen Bildung arbeiten wir daran, künftigen Wohlstand zu sichern: mit einer Forschungspolitik, die Chancen und Risiken neuer Technologien abwägt und mehr Innovationen entfacht. Wissenschaft ermöglicht evidenzbasierte Politik – von Klimaretung über KI bis Antisemitismus-Prävention. Als Ausschussvorsitzender setze ich mich dafür ein, unsere Arbeit transparenter, agiler und internationaler zu gestalten. Bei der Auswahl der Sachverständigen achten wir auf Vielfalt. Seit diesem Jahr sind unsere Sitzungen öffentlich im Livestream oder in der Mediathek des Bundestags mitzuverfolgen – hier ist unser Ausschuss Pionier.

Auf Putins Angriffskrieg haben wir umgehend reagiert, indem wir Schüler*innen, Studierende und Forschende aus der Ukraine unterstützen. Weltweit gerät die Wissenschafts-

freiheit unter Druck, wir müssen verstärkt für sie eintreten. Auch unsere technologische und digitale Souveränität gilt es besser zu schützen. An Antworten auf diese Zukunftsfragen arbeiten wir: im Zukunfts- und Fortschrittsausschuss des Bundestags.



Anton Hofreiter

Vorsitzender im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine war auch für uns ein tiefer Einschnitt. Als Querschnittsausschuss sind wir für alle politischen Themen mit europäischem Bezug zuständig. Es ist schockierend, dass ein europäisches Land zur Zielscheibe eines Aggressors wurde. Seit Kriegsbeginn am 24. Februar 2022 stehen wir in engem Austausch mit unseren Kolleg*innen im ukrainischen Parlament. Um möglichst früh ein Zeichen der Solidarität zu setzen, sind wir gemeinsam mit den Vorsitzenden des Auswärtigen und des Verteidigungsausschusses in die Ukraine gefahren. Für uns war schnell klar, dass das Land nicht nur wirtschaftliche und humanitäre Hilfe braucht, sondern auch Waffenlieferungen zu seiner Verteidigung. Auch der Bundestag hat sich mit breiter Mehrheit dafür ausgesprochen.

Bei der großen Themenvielfalt im Europaausschuss liegen mir der Klimaschutz und der Erhalt unserer Artenvielfalt besonders am Herzen. Hier hat die Europäische Union ambitionierte Pakete geschnürt: Mit „Fit for 55“ will die EU ihren CO₂-Ausstoß bis 2030 um mindestens 55 Prozent senken. Mit dem „Nature Restoration Law“ hat sie jüngst die Grundlagen zur Wiederherstellung unserer Natur geschaffen. Gerade bei Ökothemen ist die EU oft Treiber, während Bremser in den nationalen Regierungen sitzen.

Zurzeit beschäftigen uns große europäische Fragen: Wie machen wir die EU zukunftsfähig? Welche Reformen brauchen wir, welche Länder sollen zu uns stoßen? Dabei begleiten wir eng den EU-Beitrittsprozess der Ukraine, Moldaus, Georgiens und der Staaten des westlichen Balkans. Es ist ein gutes Zeichen, dass die EU in diesen schwierigen Zeiten solch eine Strahlkraft hat. Angesichts starker autoritärer Mächte ist die EU-Erweiterung auch geopolitisch von großer Bedeutung.



Harald Ebner

Vorsitzender im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz

Nur eine ökologisch intakte Welt kann auch eine sozial gerechte und friedliche Welt sein. Der

38 Mitglieder starke Umweltausschuss ist der Anwalt der Natur im Parlament. Er kümmert sich um die Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlagen, den Arten- und Naturschutz und die Einhaltung planetarer Grenzen. Oft gleicht es einem Spagat, zwischen Planungsbeschleunigung, schnellem Ausbau der erneuerbaren Energien und dem Schutz unserer Ökosysteme zu vermitteln. Wesentliche Elemente sind der Immissions- und Bodenschutz sowie die gesamte Chemikaliengesetzgebung. Neu ist der natürliche Klimaschutz. Wir müssen uns als Gesellschaft zügig an unabwendbare Folgen der Klimakrise anpassen. Dazu wollen wir die Kräfte der Natur nutzen, um CO₂ zu binden, Arten zu erhalten und Wasser zurückzuhalten. Ein neues Klimaanpassungsgesetz soll noch 2023 kommen. Konflikte um Wasser spitzen sich auch in Europa bereits zu. Deshalb hat die Regierung die Nationale Wasserstrategie auf den Weg gebracht, auch das Wasserhaushaltsgesetz wurde überarbeitet. Damit sichern wir den Trinkwasserschutz, sorgen für ein modernes Wassermanagement und freien Zugang zu Trinkwasser. Ein historischer Meilenstein war der Atomausstieg. Trotz erbittertem Widerstand von CDU/CSU und AfD gingen im April 2023 die drei letzten AKW endgültig vom Netz. Die Fragen der nuklearen Sicherheit, insbesondere der Rückbau, die Zwischenlagerung und die Endlagersuche, werden den Ausschuss aber noch sehr lange beschäftigen. Neu hinzugekommen in dieser Wahlperiode ist der Verbraucherschutz mit den Arbeitsfeldern Datenschutz, schadstofffreie Produkte, langlebige Geräte und nachhaltige Stoffkreisläufe. Ein „Recht auf Reparatur“ soll ein wesentlicher Schritt zur Ressourcenschonung werden.



Kirsten Kappert-Gonther

Amtierende Vorsitzende im Ausschuss für Gesundheit

Der Gesundheitsausschuss ist wohl der am häufigsten tagende Ausschuss. Bis Anfang nächsten Jahres werden wir auf fast 100 Sitzungen in dieser Wahlperiode kommen. Von der Krankenhausreform über Verbesserungen in der Pflege bis hin zu Cannabis – zu jedem geplanten Gesetz führen wir öffentliche Anhörungen mit Sachverständigen durch, auch zu fast allen Anträgen der Opposition. Ich leite den Ausschuss als amtierende Vorsitzende, weil das Vorschlagsrecht für den Ausschussvorsitz zwar bei der AfD liegt, deren Kandidat*innen jedoch keine Mehrheit im Ausschuss erhalten. Trotzdem versucht die AfD es in fast jeder regulären Sitzung erneut. Das ist formal und zeitlich herausfordernd. Die Anhörungen nutzt sie oft, um mit unseriösen Pseudo-Expert*innen zu provozieren, zum

Beispiel beim Thema Impfungen. Der Diskurs mit den anderen Kolleg*innen und den Sachverständigen ist von Respekt und Fachlichkeit geprägt. Sternstunden erleben wir immer dann, wenn die übergreifende Bedeutung von Gesundheitspolitik erkennbar wird, wenn wir beispielsweise über die gesundheitlichen Folgen der Klimakrise sprechen, die seelischen Folgen eingeschlossen.

Aktuell beschäftigt mich besonders die Legalisierung von Cannabis, für die ich mich schon zu Oppositionszeiten eingesetzt habe. Im Vorfeld der parlamentarischen Beratungen haben wir eine Ausschussreise nach Kanada und in die USA unternommen, denn dort funktioniert die kontrollierte Abgabe von Cannabis bereits. Die Erkenntnisse, die wir dort gewonnen haben, können nun direkt in die Beratungen über unseren Gesetzentwurf einfließen.



Tabea Rößner

Vorsitzende im Ausschuss für Digitales

Die gesellschaftliche Bedeutung der Digitalpolitik ist rasant gewachsen. Digitalpolitik ist heute Demokratiep Politik. Es geht um digitale Teilhabe und den sicheren Einsatz neuer Technologien in allen Lebensbereichen. Es geht um den freien Meinungsbildungsprozess, der durch die Verbreitung von Gewaltvideos, Deepfakes und Desinformation herausgefordert wird. Diese Themen treiben mich schon lange um. Daher freue ich mich sehr, mit dem Ausschussvorsitz neue Akzente setzen zu können. Der Weg zum vollwertigen Ausschuss war lang: vom Unterausschuss „Neue Medien“ in der 17. Wahlperiode über die Enquetekommission „Internet und digitale Gesellschaft“, aus der dann der Ausschuss „Digitale Agenda“ hervorging – wenn auch nur in mitberatender Funktion.

Nun haben wir erstmals die Federführung bei wichtigen Vorhaben. Dazu gehören die Digitalstrategie der Bundesregierung, der Glasfaserausbau und das Recht auf schnelles Internet. Für die Umsetzung europäischer Gesetze wie des Digital Services Act oder des Data Act sind wir ebenso zuständig. Als Querschnittsausschuss laden wir nach und nach auch alle Bundesminister*innen ein. Der Ausschuss ist wichtiger Impulsgeber für das Parlament. So haben wir uns in öffentlichen Anhörungen mit digitalen Identitäten und Nachhaltigkeit, mit vertrauenswürdiger künstlicher Intelligenz oder internationaler Digitalpolitik befasst. Demnächst kommt das Digitale-Dienste-Gesetz, das eine effiziente nationale Aufsicht für Plattformen sicherstellen soll.

Eindrucksvoll war die Beratung über die Arbeitsbedingungen von Content-Moderator*innen, einer äußerst demokratie relevanten Arbeit. Zu einem Eklat kam es, als einer unserer Gäste nach seiner Befragung im Ausschuss an seinem Arbeitsplatz unter Druck geriet. Hier war eine Intervention unseres Ausschusses erfolgreich.

● www.gruene-bundestag.de/auschuesse

FACHBEREICHEN

Fachbereich

1 WIRTSCHAFT & SOZIALES

Finanzen: **WIR SAGEN KRIMINELLEN DEN KAMPF AN**

Es ist kein Geheimnis, dass die Ampel-Koalitionsverhandlungen im Bereich „Haushalt und Finanzen“ nicht leicht waren, mit einer Ausnahme: Beim Kampf gegen Finanzkriminalität gab es große Gemeinsamkeiten. Die konkreten Pläne liegen nun mit dem Entwurf des Finanzkriminalitätsbekämpfungsgesetzes auf dem Tisch. Viele unserer Punkte aus dem Koalitionsvertrag sollen damit umgesetzt werden. Doch ob es wirklich der große Wurf wird, muss sich in den kommenden Monaten zeigen. Entscheidend ist, ob wir eine Handhabe gegen die Verschleierungstaktiken von Kriminellen finden, die sich hinter komplexen Firmengeflechten und Briefkastenfirmen verstecken und so einer Strafverfolgung entziehen.

Im Zentrum der Reform steht eine neue Behörde, das Bundesamt gegen Finanzkriminalität (kurz: BBF). Das erklärte Ziel ist es, Befugnisse auf Bundesebene zu bündeln, neue Stellen zu schaffen und den Kampf gegen Geldwäsche und Finanzkriminalität dauerhaft zu priorisieren. Dies ist überragend, denn der Kampf gegen professionelle Kriminelle scheitert zu häufig an zersplitterten Zuständigkeiten, fehlender Ressourcenausstattung und zahnlosen Behörden.

Ähnliches mussten wir zuletzt bei der Durchsetzung der Russlandsanktionen erleben. Auch dort stießen Behörden auf undurchsichtige Firmengeflechte und nebulöse Briefkastenkonstruktionen. Eine gerichtsfeste Zuordnung der Immobilien, Jachten oder Privatjets zu sanktionierten Personen war in vielen Fällen nicht möglich. Die Spur des Geldes verlief verloren.

Deshalb ist es zentral, dass solche Finanzermittlungen künftig nicht im Behörden-Nirwana verloren gehen. Wir brauchen eine neue Behörde mit Biss, die gegen professionelle Verschleierung vorgehen kann und endlich der organisierten Kriminalität wirksam den Nährboden entzieht. Nur so wird das BBF einen echten Mehrwert bieten. Im Bundestag setzen wir uns dafür ein, dass dieses Versprechen auch eingelöst wird. Der klare Anspruch ist: Finanzkriminalität darf sich nicht länger lohnen. Im Frühjahr 2024 kann der Bundestag ein ambitioniertes Reformpaket auf den Weg bringen und zeigen, wie Ampel gehen kann.

- gruene-bundestag.de/finanzen

Fachbereich

2 ÖKOLOGIE

Landwirtschaft: **BÜRGERRAT ERNÄHRUNG MIT ERSTEN ERGEBNISSEN**



Ende September hat der Bürgerrat „Ernährung im Wandel“ seine Arbeit aufgenommen. Ein gemeinsamer Antrag von uns Grünen mit SPD, FDP und Die Linke bildet die Grundlage für diesen ersten Bürgerrat auf Bundesebene. Die 160 zufällig ausgewählten Bürger*innen haben sich beim Auftaktwochenende im Paul-Löbe-Haus dafür entschieden, drei Themenfelder zu bearbeiten: Kennzeichnung von Lebensmitteln, Fragen von Tierwohl und Tierhaltung sowie Bezahlbarkeit von Lebensmitteln. Am 11. November hat der Rat den fachlich zuständigen Abgeordneten erste Zwischenergebnisse vorgestellt. Ende Februar wollen die Bürger*innen ihr Bürgergutachten an die Mitglieder des Deutschen Bundestags übergeben.

- gruene-bundestag.de/buergerrat

Klimaschutz: **VORSORGE GEGEN DIE AUSWIRKUNGEN DER KLIMAKRISE**

Wir alle erinnern uns an das folgenschwere Hochwasser im Ahrtal. Die Klimakrise ist längst in Deutschland angekommen. Mit dem Klimaanpassungsgesetz verpflichtet sich die Bundesregierung, eine Strategie mit messbaren Zielen zu entwickeln, die sie stets an die sich verändernden Herausforderungen anpasst. Das Gesetz sieht vor, dass auch die Länder und Kommunen eigene Klimaanpassungsstrategien auf der Grundlage von Risikoanalysen aufstellen. Erstmals verpflichten wir mit einem Berücksichti-

gungsgebot alle Träger öffentlicher Aufgaben dazu, die Auswirkungen der Klimakrise und eine entsprechende Anpassung auf allen Ebenen einzubeziehen sowie die Versiegelung von Böden zu verringern. Damit wird der Flächenverbrauch gebremst und eine moderne Städtebau- und Verkehrspolitik nach dem Modell der Schwammstädte erleichtert, die neuen Grünflächen den Vorrang vor Parkplätzen gibt.

- gruene-bundestag.de/klimaanpassung

Bauen und Wohnen: **DIE KOMMUNALE WÄRMEPLANUNG KOMMT**

Mit dem Gesetz zur kommunalen Wärmeplanung leistet die Ampelkoalition einen weiteren wichtigen Beitrag für eine klimaneutrale, langfristig sichere und bezahlbare Wärmeversorgung. Wir geben den Kommunen die notwendigen Instrumente zur Planung und Dekarbonisierung der Wärmenetze an die Hand. Die kommunale Wärmeplanung weist die Pläne der kommunalen oder privaten Energie-

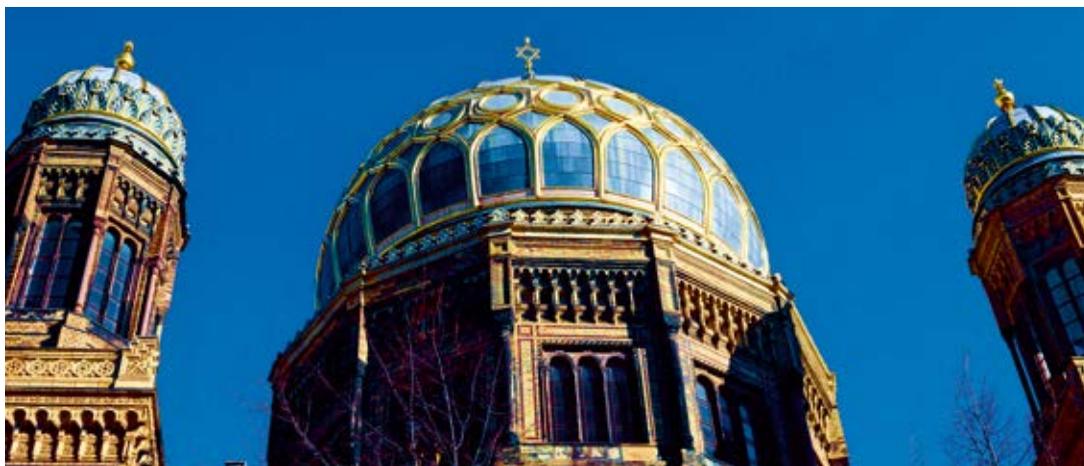
versorger (wie Stadtwerke, RWE, Vattenfall oder Eon) aus. Damit erhalten künftig alle Menschen, die eine neue Heizung einbauen wollen, verlässliche, zukunftssichere Informationen über den Leitungsausbau und die am wahrscheinlichsten genutzte Heizungsart in ihrem Quartier.

- gruene-bundestag.de/waermeplanung

Fachbereich

3 DEMOKRATIE & VIELFÄLTIGE GESELLSCHAFT

Foto: picture alliance / epd-bild



Religion: **JÜDISCHES LEBEN IN DEUTSCHLAND STÄRKEN UND SCHÜTZEN**

Seit 2003 gibt es den Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik und dem Zentralrat der Juden in Deutschland. Die Staatsleistungen des Bundes an den Zentralrat wurden nun von jährlich 13 Millionen Euro auf 22 Millionen ab dem Jahr 2023 erhöht. Das ist gerade in dieser Zeit des grassierenden Antisemitismus ein klares Signal für die Förderung und Unterstützung jüdischen Lebens in Deutschland. Der Mittelaufwuchs ist auch dringend erforderlich. Der Zentralrat und die jüdischen Gemeinden leisten unschätzbare Arbeit. Gut funktionierende Strukturen in den jüdischen Gemeinden spielen eine zentrale Rolle dafür, eine positive Zukunft für jüdisches Leben in Deutschland zu sichern.

- gruene-bundestag.de/zentralrat

Digitales: **DIGITALISIERUNG ZUM TREIBER DES KLIMASCHUTZES MACHEN**

Wir wollen die Digitalisierung nachhaltig gestalten und technologische Entwicklungen aktiv für den Klimaschutz einsetzen. Digitale Technologien bergen beispielloses Potenzial, um die Klimaüberwachung zu verbessern, die Landwirtschaft nachhaltiger zu gestalten und Industrie und Verkehr sowie viele weitere Sektoren energieeffizienter zu machen. Im März dieses Jahres haben wir auf einer Digitalkonferenz im Bundestag die Schlüsselthemen einer

nachhaltigen Digitalisierung mit zahlreichen Expert*innen intensiv diskutiert. In einem Fraktionsbeschluss stellen wir nun konkrete Ideen vor, wie wir technologische Innovation im Kampf gegen die Klimakrise nutzen können – und wie wir das möglichst effizient und klimaneutral tun.

- www.gruene-bundestag.de/digitalbeschluss

Demokratie: **WIRKSAMES LOBBYREGISTER**

Seit vielen Jahren kämpfen wir Grüne im Bundestag für mehr Transparenz in der Politik. 2022 haben wir mit der Einführung eines verpflichtenden Lobbyregisters einen großen Durchbruch erreicht. Jetzt haben wir das Lobbyregistergesetz weiter nachgeschärft. Wir setzen an zahlreichen Stellen an, um die Aussagekraft der Angaben im Lobbyregister zu stärken. So schließen wir zum Beispiel Lücken bei Angaben zu finanziellen Aufwendungen und machen klar, wer wen finanziert.

- www.gruene-bundestag.de/lobbyregister

Fachbereich

4 INTERNATIONALE POLITIK & MENSCHENRECHTE

Außenpolitik: **COP 28 – FÜR FORTSCHRITTE BEIM KLIMASCHUTZ**

Foto: picture alliance / AP



Die Weltklimakonferenz COP 28 findet dieses Jahr Anfang Dezember in Dubai statt. Es gilt unter anderem, die erzielten Fortschritte und die gegebenen Klimaschutzziele der Staaten zu prüfen. Klar ist, dass die bisherigen Schritte noch nicht ausreichen. Bundesregierung und EU setzen sich dafür ein, die installierten erneuerbaren Energien bis 2030 zu verdreifachen und den Ausstieg aus den fossilen Energien voranzubringen. Außerdem sollen der 2022 vereinbarte Fonds für Schäden und Verluste etabliert und die Verhandlungen über ein neues Klimafinanzierungsziel vorangebracht werden. Die grüne Bundestagsfraktion begleitet die Verhandlungen bei der Konferenz eng.

- www.gruene-bundestag.de/cop28

Europa: **SOLIDARITÄT MIT DER DEMOKRATIEBEWEGUNG IN BELARUS**

Der Bundestag hat ein Zeichen der ungebrochenen Solidarität mit der belarussischen Demokratiebewegung gesetzt. Mit dem Antrag „Für ein demokratisches Belarus in der europäischen Familie“ knüpft er an ein Versprechen aus dem Koalitionsvertrag an, der Demokratiebewegung neue Unterstützungsangebote zu unterbreiten. Es geht unter anderem um die Aufnahme politisch verfolgter

Menschen aus Belarus, die Unterstützung für ehemalige politische Gefangene und die Förderung zivilgesellschaftlicher Exil-Projekte. Viele grüne Abgeordnete machen zudem mit parlamentarischen Patenschaften weiter auf die verheerende Situation für politische Gefangene aufmerksam.

- www.gruene-bundestag.de/belarus

Fachbereich

5 ZUSAMMENLEBEN, WISSEN, GESUNDHEIT

Sicherheit: **VERFASSUNGSFEINDLICHE SOLDAT*INNEN ENTLASSEN**

Verfassungsfeindliche Soldat*innen sollen einfacher und schneller aus der Bundeswehr entlassen werden können. Das sieht ein Gesetzentwurf der Bundesregierung vor. Nach der derzeitigen Rechtslage ist eine Entlassung erst nach dem Abschluss eines oft jahrelangen Disziplinarverfahrens möglich. Der Gesetzentwurf bestimmt, dass Zeit- und Berufssoldat*innen, die bereits mehr als vier Jahre in den Streitkräften dienen, künftig durch einen Verwal-

tungsakt aus dem Dienst entlassen werden können, zum Beispiel wenn sie in „schwerwiegender Weise Bestrebungen verfolgen oder unterstützen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind“. Damit setzen wir ein weiteres Vorhaben des Koalitionsvertrags um.

- gruene-bundestag.de/sicherheit

Wissenschaft und Forschung: **DAMIT AUS NEUEN IDEEN NEUE LÖSUNGEN WERDEN**

Wenn kluge Köpfe an neuen Ideen für die Herausforderungen unserer Zeit tüfteln, öffnen sich Wege für ein nachhaltigeres Morgen. Leider verschwinden solche Ideen noch viel zu oft in der Schublade, weil es Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft an Unterstützung für die Umsetzung fehlt. Mit der DATI – der Deutschen Agentur für Transfer und Innovation – wollen wir das ändern. Sie fördert regionale und überregionale Netzwerke aus Wissenschaft und Praxis, damit technische, ökologische und soziale Innovati-

onen erfolgreich zur Lösung der großen Herausforderungen unserer Zeit beitragen: von der Energiewende über neue Mobilitätslösungen bis zur Kreislaufwirtschaft. Eine erste Förderlinie gibt es bereits und im kommenden Jahr wird die DATI ihre volle Arbeit aufnehmen, um neue Ideen aus Labor und Campus erfolgreich umzusetzen.

- www.gruene-bundestag.de/forschung

Erinnerungskultur: **DOKUMENTATION DEUTSCHER SCHRECKENSHERRSCHAFT**

Es liegt in der fortdauernden und ungebrochenen historischen Verantwortung Deutschlands, den Zweiten Weltkrieg und die deutsche Besatzungsherrschaft umfassend aufzuarbeiten und dauerhaft würdevoll an die Opfer zu erinnern. Im europäischen Ausland spielt das Leid unter der deutschen Besatzungsherrschaft eine herausragende Rolle in der Erinnerung. Von 1939 bis 1945 brachte sie Tod, Entrechtung und Zerstörung über die Menschen in weiten Teilen des Kontinents. Die NS-Rassenideologie führte zu unterschiedlichen Leiderfahrungen: zwischen Nord- und Westeuropa einerseits und Ost- und Südosteuropa anderer-

seits. Auch innerhalb der besetzten Gesellschaften betraf Gewalt bis hin zu Mord insbesondere bestimmte Opfergruppen, vor allem Jüd*innen. Mit dem Dokumentationszentrum Zweiter Weltkrieg und deutsche Besatzungsherrschaft in Europa (ZWBE) soll ein Ort geschaffen werden, der den Krieg, die nationalsozialistische Besatzung und die bis heute wirkenden Erfahrungen in den besetzten Ländern umfassend dokumentiert. Zugleich soll er Forschung fördern und angemessenen Raum bieten für das Gedenken an die Opfer.

- www.gruene-bundestag.de/zwbe

GRÜN & GRÜNER

Hybride Konferenz:

SHIFTING THE TRILLIONS

Unsere Wirtschaft in Einklang mit den planetaren Grenzen zu bringen und unseren Wohlstand von morgen zu sichern, erfordert milliarden-schwere Investitionen. Welche politischen Rahmenbedingungen es für diese Zukunftsinvestitionen braucht, war das Thema der Konferenz am 22. November im Bundestag. Die finanzpolitische Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion Katharina Beck führte durch die Veranstaltung, Wirtschaftsminister Robert Habeck hielt eine Keynote. Weitere Impulse kamen aus Wissenschaft und Wirtschaft, etwa von Johan Rockström, dem Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung. Podiumsdiskussionen und Foren mit grünen MdB rundeten die Konferenz mit 500 Teilnehmenden ab. Zum Bericht und zur Aufzeichnung geht es hier:

- www.gruene-bundestag.de/shifting-finance

Parlamentarischer Abend:

WE RISE: INTERSEKTIONALE FEMINISTISCHE KULTURPOLITIK

Beim diesjährigen kulturpolitischen Abend der grünen Bundestagsfraktion am 10. Oktober drehte sich alles um eine intersektionale feministische Kulturpolitik. Die Keynote der Schriftstellerin Tsitsi Dangarembga zu diesem Thema bildete einen Höhepunkt des Abends. Auf drei Panels diskutierten die Abgeordneten Awet Tesfaiesus, Erhard Grundl und Luise Amtsberg mit der Autorin Kübra Gümüşay, der Schauspielerin Jasna Fritzi Bauer und der Sängerin Alli Neumann über die Herausforderungen, die die Kulturbranche für Frauen bereithält, und ihre Strategien, in diesem Arbeitsumfeld zu bestehen. Mit der Fraktionsvorsitzenden Katharina Dröge, der Staatsministerin für Kultur und Medien Claudia Roth, vielen grünen Abgeordneten und Künstler*innen kamen über 300 Gäste ins Gespräch. Zum ausführlichen Bericht geht es hier:

- www.gruene-bundestag.de/kulturabend



Fotos: Stefan Kaminski



Kongress:

POLIZEI IN DER GESELLSCHAFT

Wir Grüne im Bundestag setzen uns für eine bürgernahe und gut ausgebildete Polizei ein. Mit Vertreter*innen aus Polizei, Wissenschaft und Zivilgesellschaft haben wir am 3. November daher aktuelle Fragen der Polizeipolitik im Deutschen Bundestag diskutiert. Der Kongress mit über 200 Gästen nahm dabei insbesondere die Potenziale einer engeren Kooperation zwischen Sozialarbeit und Polizei in den Blick, auf die bereits Familienministerin Lisa Paus in ihrem Grußwort einging. Mit dabei aus der Fraktion waren unter anderem die Vorsitzende Britta Haßelmann, die Erste Parlamentarische Geschäftsführerin Irene Mihalic, der Vorsitzende des Parlamentarischen Kontrollgremiums Konstantin von Notz, der Obmann im Innenausschuss Marcel Emmerich sowie die Sprecherin für Innenpolitik Lamya Kaddor. Einen Bericht und den Livestream zum Nachschauen gibt es unter:

- www.gruene-bundestag.de/polizeikongress23

Im Deutschen Bundestag:

TAG DER EIN- UND AUSBLICKE

Gut gelaunt kamen Tausende Menschen am 3. September zum Tag der Ein- und Ausblicke in den Bundestag. Auf der Fraktionsebene im Reichstagsgebäude präsentierte die grüne Bundestagsfraktion neben einem Infostand zum Gebäudeenergiegesetz (GEG) auch die Jubiläumsausstellung „More Future – 40 Jahre Grüne im Bundestag“. In der Speakers' Corner hielten einzelne Abgeordnete kurze Talks mit dem Publikum: Jürgen Trittin sprach zur Energiewende, Katrin Göring-Eckardt zu den Angriffen auf unsere Demokratie, Julia Verlinden zum GEG und unsere Fraktionsvorsitzende Britta Haßelmann zu sozialer Gerechtigkeit. Die Besucher*innen nutzten die Gelegenheit zum direkten Gespräch mit unseren Abgeordneten. Bereitwillig beantworteten diese die Fragen der Bürger*innen und hörten sich ihre Sorgen an, nahmen Briefe und Anregungen entgegen und standen für Selfies zur Verfügung. Zum ausführlichen Bericht geht es hier:

- www.gruene-bundestag.de/tea23

TERMINE

ERNÄHRUNG SICHERN

Fachgespräch zur IGW am 19.1.2024
in Berlin

FB 2-Koordination, TEL 030/227 59406
fachbereich2@gruene-bundestag.de

DER ÖFFENTLICH-RECHTLICHE RUNDFUNK ALS SÄULE DER DEMOKRATIE

Fachgespräch am 14.3.2024 in Berlin
FB 5-Koordination, TEL 030/227 51066
fachbereich5@ruene-bundestag.de

GRÜNE KOMMUNAL- KONFERENZ

Konferenz am 16.3.2024 in Berlin
FB 2-Koordination, TEL 030/227 59406
fachbereich2@gruene-bundestag.de

EUROPAKONFERENZ

Konferenz im März 2024 in Berlin
FB 4-Koordination, TEL 030/227 58944
fachbereich4@gruene-bundestag.de

KI-KONFERENZ

Konferenz am 19.4.2024 in Berlin
FB 3-Koordination, TEL 030/227 58900
fachbereich3@gruene-bundestag.de

Weitere Informationen auf:

- www.gruene-bundestag.de/termine
sowie über unsere Newsletter.

PUBLIKATIONEN

FLYER

- 20|23 Ohne Wasser kein Leben
- 20|24 Menschenrechte stärken

LEPORELLO

- 20|25 Für eine bürgernahe Polizei-
politik
- 20|26 Zukunft willkommen –
Arbeitskräfte für Deutsch-
land

ZEITSCHRIFT

- 20|27 Unsere natürliche Verbände
(profil:GRÜN Sept. 2023)

Mehr unter:

- [www.gruene-bundestag.de/
publikationen](http://www.gruene-bundestag.de/publikationen)

BESTELLUNGEN AN:

Bündnis 90/Die Grünen
Bundestagsfraktion, Versand,
11011 Berlin oder:
versand@gruene-bundestag.de

profil:GRÜN ist die Zeitschrift der
Bundestagsfraktion. Sie erscheint
vier Mal im Jahr und kann unter oben
stehender Adresse bestellt werden.

ONLINE

Tagesaktuell, Fraktionsbeschlüsse,
Initiativen, Bundestagsreden, Videos
und Newsletter auf:

- www.gruene-bundestag.de

VIDEO

In einer neuen Folge unserer Ge-
sprächsreihe **#WasGruenIst** klären
Cem Özdemir und Kirsten Kappert-
Gonther über das neue Gesetz zur
Cannabislegalisierung auf.

- www.gruene-bundestag.de/videos

SOCIAL MEDIA

twitter.com/GrueneBundestag

 [instagram.com/
gruenebundestag](https://www.instagram.com/gruenebundestag)

 [facebook.com/
Gruene.im.Bundestag](https://www.facebook.com/Gruene.im.Bundestag)

 [gruene.social/
@GrueneBundestag](https://gruene.social/@GrueneBundestag)